

# Die Systemfrage

Sehr geehrte Frau Kollegin,  
sehr geehrter Herr Kollege,

die Wahlerfolge der Linken stellen das parlamentarische Regierungssystem auf die Probe. Dabei geht es um mehr, als nur um die Frage: Wer koalitiert mit wem, oder: Wer duldet wen? Eine wie auch immer geartete Kooperation mit Abgeordneten, die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung in Frage stellen, geht weit über einen Tabu-Bruch hinaus. Allein die Diskussion über sogenannte Tolerierungsmodelle zeigt den enormen Glaubwürdigkeitsverlust, der jenen droht, die mit den Systemveränderern zusammenarbeiten wollen und nach der Wahl anders reden als vor der Wahl.

Zur selben Zeit droht der bürgerlichen Mitte die Auszehrung. Leistungsträger kehren Deutschland in zunehmender Zahl den Rücken. Die schweigende Mehrheit artikuliert sich nicht, sondern bleibt bei Wahlen – wie jetzt auch in Bayern – einfach zu Hause. Davon profitieren radikale Parteien – zur Zeit ist es die Linke. Steuerskandale und die Debatte über den „Mindestlohn“ tun ihr Übriges. Viele Bürger empfinden das System der sozialen und freien Marktwirtschaft als ungerecht, weil es ihnen den erhofften Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung nicht gewährt. Da haben Demagogen, die allen alles versprechen, leichtes Spiel. Auch im Gesundheitswesen verändern sich die Strukturen. Internationale Konzerne steigen in den deutschen Gesundheitsmarkt ein. Drogerien dürfen in begrenztem Umfang Arzneimittel ausgeben. Der Präsident der Bayerischen Landesärztekammer, Dr. Hans Hellmut Koch, warnt angesichts der von einzelnen Krankenkassen initiierten „Call-Center“ vor einer „Amerikanisierung“ der Versorgungsstrukturen. Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns, Dr. Axel Munte, kann sich eine „Delegation komplexerer Behandlungsabläufe“ auch an nicht-ärztliches Personal vorstellen.

Nicht erkannt von vielen Unionspolitikern, die die Gesundheitspolitik ihren „Experten“ überlassen, ebnet das Bundesgesundheitsministerium den Weg in Richtung Einheitsversicherung. Die Verbeamtung der Selbstverwaltung, der ab 2009 geltende einheitliche Beitragssatz in der gesetzlichen



**Michael Schwarz**  
Präsident der Bayerischen  
Landesärztekammer

und die Einführung des Basistarifs in der privaten Krankenversicherung, exekutiert mit den Steuerungselementen der GKV, geben die Richtung vor. Das System der Privaten droht zu implodieren, das der Gesetzlichen – vor dem Hintergrund des medizinischen Fortschritts, der Leistungsausweitung und der Demografie – zu explodieren. Wen wundert es, dass große Ärztegruppen – vor allem im Süden der Republik – nun ihrerseits das System in Frage stellen?

Im zahnärztlichen Versorgungssystem tolerieren die meisten Kollegen offensichtlich die Entwicklung. Wie lange noch? Junge Kollegen können sich zunehmend auch ein Angestellten-Dasein vorstellen. Wer heute seine Praxis verkaufen möchte, stellt rasch fest, dass der Markt einbricht. Mit welcher Strategie wird die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns auf den Gesundheitsfonds und die prognostizierte drastische Absenkung der bayerischen Honorare nach 2009 reagieren? Was, wenn die Bundesgesundheitsministerin mit dem Ansatz „Gleiches Geld für gleiche Leistung“ die Amtlichen Gebührenordnungen für Privatleistungen „bematisiert“? Der Blick auf die bayerischen Hausärzte zeigt, dass das bestehende KV-System nur bedingt in der Lage ist, wirtschaftliche Perspektiven aufzuzeigen. Es wird Zeit, dass auch die Verbände der bayerischen Zahnärzte sich der Systemfrage stellen.

Ihr Michael Schwarz